

ICH WÄHLE

BUNT!

FÜR MEHR KLIMASCHUTZ UND EINE ANDERE ENERGIEPOLITIK!

DARUM GEHT'S: Verheiztes Klima, verpestete Luft, unsicherer Atommüll

Deutschland steht beim Klimaschutz skandalös schlecht da. Allen Prognosen über die Folgen des Klimawandels, allen Rufen der Wissenschaft nach Treibhausgas-Verringerung und internationalen Klima-Abkommen zum Trotz: Deutschland, der angebliche „Vorreiter im Klimaschutz“, hinkt hinterher. Das deutsche **Klimaziel für 2020** (40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990) wird mit großer Sicherheit deutlich verfehlt werden. Die CO₂-Emissionen sind hierzulande seit dem Jahr 2009 nicht mehr gesunken. Grund dafür ist, dass nach wie vor enorme Mengen an **Kohle für die Stromgewinnung** verbrannt werden (Braun- und Steinkohle machen rund 40 Prozent am Strom-Mix aus) und der CO₂-Ausstoß aus dem Verkehr seit Jahren ansteigt. Wenn es so weitergeht wie bisher, werden die Verkehrsemissionen bis 2020 sogar um **weitere 12–15 Millionen Tonnen** zunehmen. Immerhin kommt die Energiewende zumindest beim Strom ganz gut voran. Bereits rund ein Drittel des Stromverbrauchs in Deutschland stammt aus erneuerbaren Quellen. Doch der Ausbau der Solarenergie ist eingebrochen und auch der Windkraft stehen schwierigere Jahre bevor – wegen veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen. Deutschland wird auch seine Energiesparziele für 2020 kaum mehr erreichen können – die Regierung hat schlichtweg keine ambitionierten Maßnahmen ergriffen, um Energie zu sparen. Trotz des beschlossenen Atomausstiegs laufen in Deutschland immer noch **acht Atomkraftwerke** weiter, teilweise bis zum Jahr 2022. Und es gibt nach wie vor keine Lösung, wo der über hunderttausende Jahre strahlende Atommüll sicher gelagert werden kann.

SO GEHT'S NICHT: Schwarz-rote Bundesregierung im Griff der Kohle-, Atom-, und Autolobby

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode den Klimaschutz und die Energiewende **nicht vorangebracht**, im Gegenteil. Sie hält nach wie vor – Pariser Klimaabkommen hin oder her – an der Kohleverstromung fest und **bremst dafür den Ausbau der erneuerbaren Energien** aus. Durch die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wird es zudem künftig für Bürger*innen – die bislang die Hälfte der Erneuerbaren-Anlagen errichtet haben – beinahe unmöglich, weiter in diese zu investieren. Bürger-Energieprojekte werden gegenüber großen Investoren künftig das Nachsehen haben. Vor allem brachte die schwarz-rote Bundesregierung „Pläne“ auf den Weg: im Jahr 2014 den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ sowie einen Aktionsplan für das Klimaziel 2020 – allerdings beide mit **schwachen Maßnahmen**. Auch der 2016 verabschiedete „Klimaschutzplan 2050“ bleibt unverbindlich und vor allem **fehlt darin der Kohleausstieg**.

Nur ein Atomkraftwerk wurde in den vergangenen vier Jahren stillgelegt. Und die Bundesregierung handelte mit den Atomkonzernen einen zweifelhaften Deal über **Rückstellungen für die Folgekosten der Atomenergie** (z.B. für die Lagerung von Atommüll) aus. Reicht das Geld der Konzerne nicht aus (was sehr wahrscheinlich ist), **müssen die Steuerzahler*innen die Kosten übernehmen**.

Letztlich **trieb Verkehrsminister Alexander Dobrindt** in den vergangenen vier Jahren das Wachstum der **umweltschädlichsten Verkehrsträger** Luftverkehr und Straßengüterverkehr **massiv voran**. Sein neuer **Bundes-**



Foto: photostock.de/Reol

verkehrswegeplan missachtet Umwelt-, Naturschutz- und Klimaziele sowie die eigentlich verbindliche **Bürgerbeteiligung**. Ganz zu schweigen davon, dass Dobrindt sich weigert, die **Dieselfläre** aufzuklären oder die viel zu hohen Stickoxidwerte von Dieselfahrzeugen zu bestrafen.

SO GEHT'S: Das wird die nächste Bundesregierung tun

Was **Schwarz-Rot versäumt** hat, muss die künftige Bundesregierung schleunigst anpacken: Das Ziel ist, die **deutschen Treibhausgas-Emissionen bis 2050 nahe Null zu bringen** und einen **echten Atomausstieg** zu realisieren. Dafür wird die neue Bundesregierung:

- die Klimaziele in Einklang mit dem **Pariser Abkommen** bringen und diese zusammen mit **Reduktionsvorgaben** für die einzelnen Sektoren in einem Klimaschutzgesetz verankern;
- den **Kohleausstieg 2018** beschließen und sozial verträglich bis vor 2030 umsetzen;
- **erneuerbare Energien** deutlich schneller naturverträglich **ausbauen** und die **Bürgerenergie erhalten**;
- eine verbindliche **Energiespar-Strategie** beschließen und entsprechende Energiesparprogramme **ausreichend finanzieren**;
- das Baugesetzbuch, Energieeinsparrecht und Mietrecht reformieren, um **energetische Sanierungen voranzutreiben**;
- bis spätestens **2018 alle noch laufenden Atomkraftwerke vom Netz nehmen** und den Atomausstieg durch eine Regelung im Grundgesetz absichern;
- das **Atommüll-Zwischenlager-Konzept** überprüfen;
- die über sieben Milliarden Euro pro Jahr umfassenden **Subventionen für Dieselkraftstoff abschaffen**;
- eine **strecken- und entfernungsabhängige Pkw-Maut** sowie eine **globale Klimaabgabe** für den Luft- und internationalen Schiffsverkehr einführen;
- **effiziente und saubere Pkw durchsetzen** und ein Verkaufsverbot von Neuwagen einführen, die die Emissionsgrenzwerte auf der Straße nicht einhalten;
- den **Bundesverkehrswegeplan korrigieren** und zu einer **nachhaltigen Infrastrukturplanung weiterentwickeln** sowie eine **Investitionsoffensive für den Rad- und Fußverkehr starten**.

Mehr Informationen:

www.bund.net/bundestagswahl